

Bulgarien

Johanna Deimel

Auch 2011 blieb der Beitritt Bulgariens zum Schengenraum aus. Zunächst blockierten Deutschland und Frankreich, im Juli dann auch die Niederlande und Finnland die Schengen-Erweiterung vor allem aufgrund von Vorbehalten gegenüber dem Justizwesen in Bulgarien. Der Bericht¹ der EU-Kommission vom Juli 2011 zum Kooperations- und Kontrollverfahren, dem Bulgarien seit dem EU-Beitritt 2007 unterliegt, anerkannte zwar den politischen Willen der Regierung Bojko Borisov (GERB) zu Reformen, sparte aber nicht an klaren Worten und Kritik an den realen Gegebenheiten im Justizwesen und im Kampf gegen organisierte Kriminalität. So seien „in einer Reihe von Verfahren wegen Korruption auf hoher Ebene, Betrug und organisierter Kriminalität Freisprüche ergangen, was auf erhebliche Mängel der justiziellen Praxis in Bulgarien hinweist“, wie es heißt. Freisprüche und Begnadigungen für dubiose Personen – sofern es denn überhaupt zu Verfahren kommt – sind nicht die Zeichen, die überzeugen können. Die bulgarische Tageszeitung *Sega* gab im August 2011 an, dass der seit 2002 amtierende Präsident Georgi Parvanov (BSP) 431 Kriminelle begnadigt habe. Auch ein mit der Venedig Kommission abgesprochenes Gesetz zur Beschlagnahmung von kriminell erworbenem Vermögen scheiterte Mitte Juli 2011 im Bulgarischen Parlament, weil zu viele Abgeordnete der Regierungspartei durch Abwesenheit glänzten. Zusätzlich zu den sog. technischen Kriterien, die erfüllt sein müssen, um dem Schengenraum beitreten zu können, befürchteten die Schengenstaaten einen Zuwachs an organisierter Kriminalität. Europol warnte in seinem OCTA Bericht,² dass ein Schengenbeitritt Bulgariens (und Rumäniens) Europas östliche „blaue und grüne“ Grenzen erheblich erweitern werde. Bulgarien, so der Bericht, gilt als Transitland für den Heroinhandel, und die organisierte Kriminalität ist in die Produktion von Euro Blüten involviert. Die unzureichende Grenzsicherung zum Nachbarland Türkei ist ein weiteres zentrales Argument. Bulgarien und die Türkei haben eine 209 km lange gemeinsame Grenze. Befürchtet wird ein unkontrollierbarer Migrationsdruck aus Nord Afrika und dem Mittleren Osten, dem Bulgarien bislang nicht standhalten könne. Umfragen zeigen, dass ein Drittel (33,56 %) der bulgarischen Bevölkerung die Entscheidung gegen den Schengen-Beitritt Bulgariens 2011 als nicht unfair empfindet und die EU versteht.³

Schengen – weitere innenpolitische Stolpersteine

Aber auch innenpolitisch zusätzlich zu den Bereichen Korruption und OK hat sich Bulgarien für den Schengenraum keine Empfehlung erarbeitet. Der seit 2009 amtierende Ministerpräsident Borisov versammelt in der von ihm gegründeten Partei GERB ehemalige Weggefährten aus Polizei und Justiz sowie frühere Geheimdienstmitarbeiter. Der Politikstil des Premiers (und ehemaligen Bodyguards) ist hemdsärmelig, erratisch,⁴ seine Minderheitenregierung stützt sich auf die Zustimmung der radikal nationalistischen Partei Ataka um Volen Siderov.

1 KOM (2011) 459 endgültig.

2 Europol: EU Organised Crime Threat Assessment, OCTA 2011, S. 18.

3 European Policy Institute, Policy Brief 34, September 2011.

4 Vgl.: Marc Meinardus: Bulgarien im Wahljahr 2011, Friedrich Ebert Stiftung, Januar 2011.

Zwei Ereignisse haben erneut ein Schlaglicht auf die politische Kultur des Landes geworfen. Im Januar 2011 erschütterte ein Abhörskandal das Land. Das dem ehemaligen Geheimdienstmitarbeiter Aleksej Petrov (dem auch Verbindungen zur organisierten Kriminalität zugesagt werden) zugeordnete Boulevardmagazin *Galeria*, veröffentlichte angebliche Mitschnitte von Telefonaten zwischen dem Chef der Zollbehörde Vanja Tonov und dem Finanzminister Simeon Djankov sowie dessen Stellvertreter. Der Finanzminister soll u.a. Anweisungen erteilt haben, bei einem Geschäftsmann Zollkontrollen zu unterlassen. Offenkundig wurde, wie unverhältnismäßig in Bulgarien abgehört werden kann. Die Zeitung *Dnevnik* berichtet von 10.000 privaten Gesprächen, die seit Inkrafttreten des Gesetzes über elektronische Kommunikation abgehört wurden. Eine interne Anweisung des Bulgarischen Generalstaatsanwalts Boris Velcev erlaubte Staatsanwälten die Abhörung ohne richterliche Genehmigung, sobald ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden ist. Bojko Borisov erklärte, dass Abhören im Kampf gegen das organisierte Verbrechen – vor allem im Zuge der Polizeirazzia gegen den Verbrecherring „Octopus“ – gerechtfertigt sei. Überwachung und Angst auch innerhalb seines Kabinetts sind für den Premier legitime Mittel des politischen Diskurses und finden sich gespiegelt in einem in Bulgarien kursierenden Witz, der die Frage stellt: „Warum hat Bojko Borisov so viele Bodyguards? – Weil einer allein sich zuviel vor ihm fürchtet“⁵. Nur knapp konnte der Premier ein Misstrauensvotum im Zuge des Abhörskandals überstehen.

Im Februar 2011 ist ein Sprengsatz vor den Redaktionsbüros der Zeitschrift *Galeria* explodiert. Zwar entstand nur Sachschaden, die Explosion aber erfolgte nur wenige Tage vor der Veröffentlichung des EU-Berichts vom Februar 2011 zum Kontrollmechanismus, was durchaus auch als „Versuch der gegen den EU-Beitritt des Landes arbeitenden Kreise verstanden [werden kann], die weitere Demokratisierung Bulgariens zu unterminieren“⁶. Der Ministerpräsident selbst sagte gegenüber der Nachrichtenagentur *Novinite*: „Ich bin letztlich froh darüber, dass die Bombe professionell gelegt wurde und keine Menschen verletzt wurden“⁷. Die der Zeitschrift *Galeria* zugespielten Mitschnitte wurden von der Staatlichen Nationalen Sicherheitsagentur gefertigt, Mitte Februar 2011 nahm ihr Chef den Hut. Im Juli 2011 detonierten Bomben vor den Büros zweier Oppositionsparteien, der Zentrale der konservativ-populistischen Partei „Ordnung, Gesetzestreue und Gerechtigkeit“ sowie vor dem Büro der christlich-demokratischen Partei „Demokraten für ein starkes Bulgarien“ – beide hatten kurz zuvor erklärt, dass sie Borisov bei einem weiteren Misstrauensvotum nicht unterstützen würden.

Die Abhöraffäre ließ die schwierige Situation der Medien in Bulgarien erkennen. Laut des im März 2011 von „Reporter ohne Grenzen“ veröffentlichten 2010 Press Freedom Index rangiert Bulgarien (gemeinsam mit Griechenland) von 178 Staaten auf Platz 70. Investigativer Journalismus ist in Bulgarien nahezu unmöglich, da die Journalisten laut Gesetzeslage ihre Informanten und Informationsquellen benennen müssen. Wirtschaftliche und politische Einflussnahme erfolgt unmittelbar durch die Eigentumsverhältnisse in der Medienbranche. Die bulgarische Abgeordnete im Europaparlament, Iliana Yotova (BSP), warnte im März 2011 anlässlich einer Konferenz zu Medienfreiheit, dass in Bulgarien eine einzige Bank, die Korporativna Targovska Banka – Corporate Commercial Bank, das Privileg habe, alle finanziellen Transaktionen für den Staat zu tätigen. Dieselbe Bank wiederum kontrolliere zahlreiche Medienunternehmen, die dann regierungsfreundliche Berichterstattung betrieben.

5 S Bojko na more. Vicove, legendi, lafove. (hrsg. von Standart ohne Jahr)

6 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. Februar 2011, S. 6.

7 Valentina Pop: Sofia bomb highlights EU corruption, border security fears. EUobserver.com. 17.02.2011.

Die zweite besorgniserregende Entwicklung ist die zunehmend eskalierende inter-ethnische Konfliktlage. Als ein nationales historisches Symbol für die Auflehnung gegen und für die Unterwerfung unter die Osmanen gilt landesweit das sog. Massaker von Batak von 1876, als der Aprilaufstand von osmanischen Truppen gewaltsam niedergeschlagen wurde. Die sog. Batak-Affäre um die Wissenschaftler Ulf Brunnbauer und insbesondere um Martina Baleva, die eine kunsthistorische Analyse zu einem Gemälde über Batak verfasst hatte, hatte 2007 zu Todesdrohungen und bis in die höchsten politischen Kreise zu massiven Anschuldigungen gegen die beiden geführt. Der Batak-Mythos wird weiter geschürt. Die Synode der Bulgarisch-Orthodoxen Kirche beschloss im Mai 2011 die Heiligsprechung der „Märtyrer von Batak“. Ataka-Anhänger um Volen Siderov nutzten die feierliche Liturgie in Batak, um gegen die türkische Minderheit des Landes zu polemisieren, es kam zu Auseinandersetzungen zwischen den Batak-Bewohnern und Ataka, die Polizei musste einschreiten. Geschürt vor allem durch die extrem nationalistische Partei Ataka kam es im Mai 2011 in Sofia vor einer Moschee zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen radikalen Nationalisten und bulgarischen Muslimen.⁸ Vordergründig ging es darum, gegen den Ruf des Muezzins wegen Ruhestörung zu demonstrieren. Die nationalistische, fremdenfeindliche Partei Ataka stützt die Regierung Borisov mit ihren 21 Abgeordneten in der Bulgarischen Nationalversammlung. Ihr Vorsitzender Volen Siderov verbreitet u. a. in seinem Fernsehsender SKAT TV anti-türkische und anti-semitische Hetztiraden. Ziele seiner verbalen Attacken sind vor allem die türkischen Mitbürger Bulgariens. Dabei ist ihm jedes Mittel recht, insbesondere da seine Umfragewerte in den Keller sinken und er sich für das Präsidentenamt bei den Präsidentschaftswahlen im Oktober 2011 bewirbt. Im Juli 2011 wurden drei Büros der türkisch dominierten Partei DPS in Plovdiv zerstört, die Täter sind nicht bekannt.

Wenig Gutes zu berichten hatte die Roma-Expertin Gay McDougall der Vereinten Nationen nach ihrem Besuch in Bulgarien im Juli 2011. Ihrer Einschätzung nach würde die ca. 50.000 Bürger zählende Roma-Bevölkerung des Landes in wesentlichen Bereichen, wie Beschäftigung, Wohnen, Bildung und Gesundheit, nach wie vor am untersten Ende der sozio-ökonomischen Skala rangieren. Sie warf den politischen Führungskräften vor, bislang nur rein rhetorische Absichtserklärungen abzugeben, in der Praxis aber ihren öffentlichen Verlautbarungen keine Taten folgen zu lassen. Armut bliebe das allumfassende Merkmal dieser Bevölkerungsgruppe, 80 Prozent der Roma seien arbeitslos, die Lebenserwartung eines Rom lieg um 10 Jahre unterhalb des bulgarischen Mittelwerts. Selbst die Roma-Ansiedelungen nahe Sofia würden nicht von der Stadtplanung erfasst, es gebe weder eine Abwasserversorgung, noch fließend Wasser, geteerte Straßen, Müllabfuhr und Straßenbeleuchtung. Gewaltsame Eskalationen im September 2011 haben das Roma-Problem Bulgariens in die internationale Öffentlichkeit gerückt. Auslöser war der Unfalltod eines jungen Bulgaren, der in dem Dorf Katunica überfahren worden war. Am Steuer des Unglückswagens saß ein Mitglied des Roma-Clans um Kiril Raskov, der, so die Meinung in der bulgarischen Öffentlichkeit, sein Vermögen durch illegale Geschäfte erworben habe, dafür aber nie belangt worden sei. Eine aufgebrachte Menge, darunter Hooligans, brannte viele Häuser nieder, 168 Personen wurden in 14 verschiedenen Städten, in denen Anti-Roma-Protteste stattfanden, verhaftet. Nach tagelangen Protesten ist der umstrittene Kiril Raskov verhaftet worden. Die gewaltsamen Ausschreitungen gegen die Roma-Bevölkerung verweisen auf einen besorgniserregenden Zuwachs von inter-ethnischen Spannungen in Bulgarien. Zum anderen

8 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. Mai 2011, S. 6.

aber zeigen sie einen ernstzunehmenden Vertrauensverlust der Bevölkerung gegenüber der Justiz, wonach scheinbar politisch oder wirtschaftlich mächtige Akteure – unabhängig von ihrem ethnischen Hintergrund – in ihren Augen weitestgehend straffrei agieren können.

Wirtschaft

Während die Finanz- und Eurokrise den Europäischen Währungsraum in Atem hält, konnte Bulgarien im Juli 2011 eine Aufwertung durch die Ratingagentur Moody's auf Baa 2 feiern.⁹ Bulgarien kann (mit Estland) mit 16 Prozent des BSP auf die niedrigsten Schulden unter den EU-27 Staaten verweisen. Bulgariens Aspirationen, in den Euroraum einzusteigen, haben durch diese Wertung einen positiven Schub erhalten. Allerdings gilt bei aller Euphorie zu bedenken, dass die bulgarische Währung Lev durch den Währungsrat fest an den Euro gebunden ist und Bulgarien so mit Estland und Lettland zu den Ländern gehört, deren Geldpolitik nicht von der eigenen Zentralbank verwaltet wird.¹⁰ Sofia ist durch den Currency Board zu einer strikten Haushaltsdisziplin verpflichtet. Der bulgarische Finanzminister Simon Djankov ließ vorsichtig erkennen, dass erst, sobald das Gesamtbild in der Euro-Zone klarer werde, Vorgespräche für einen Beitritt in die WWU begonnen würden. Im internationalen Vergleich rangiert Bulgarien auf Platz 44 (von 183 Staaten), wenn es um die Frage geht, dort ein Unternehmen zu gründen und zu führen. Die Ergebnisse einer Studie der Weltbank und der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung zeigen, dass es zwar in Bulgarien sehr einfach ist, Kredite zu erhalten (4/183), Baugenehmigungen aber (119/183) und grenzüberschreitender Handel (106/183) sehr schwierig zu bewerkstelligen sind.¹¹ Eine niedrige Arbeitsproduktivität, das langsame Reformtempo und die nach wie vor bestehenden Mängel im Rechtssystem weisen Bulgarien nur bedingt als attraktiven Investitionsstandort für ausländische Unternehmen aus.

Präsidentenwahlen im Oktober 2011

Nach langem Zögern hat Borisov sich für seinen Minister für Regionalentwicklung, Rosen Plevneliev, als Präsidentschaftskandidaten von GERB und die Justizministerin Margarita Popova als Kandidatin für das Vizepräsidentenamt bei den Präsidentschaftswahlen im Oktober 2011 entschieden. Beide sind keine GERB Parteimitglieder. Allein dem eigenen Machtkalkül geschuldet sah sich Borisov gezwungen, den politischen Shooting Star Rosen Plevneliev, der nun mit ihm in den Umfragen bei um die 35% positiver Einschätzung liegt, loszuwerden. Plevneliev ist kein Parteimitglied, versteht sich selbst als Technokrat und Pragmatiker. Aller Voraussicht nach wird der 47 Jahre junge Plevneliev, der erst seit 2 Jahren in der Politik ist und sich eigentlich einen Namen als Manager einer Immobilienfirma gemacht hat, der neue Präsident Bulgariens werden, so die Umfragen. Er hat keine internationale Erfahrung, muss mit der mehr repräsentativen und nur durch sein Vetorecht aktiven politischen Rolle zurechtkommen. Er muss vom Pragmatiker zu einem Charismatiker, Visionär und gesamtgesellschaftlich denkenden Präsidenten werden. Doch sollte er seine Rolle in jedem Fall anders verstehen, als ihm dies der Premier zuschreiben will, der Plevneliev als den „Bulgarischen Mann in Brüssel“ sieht. Ein Staatspräsident spielt dort keine Rolle, die Entscheidungen werden von den Regierungschefs und dem europäischen Parlament getroffen. Es liegt an Borisov selbst, wie seine Regierung in Brüssel agiert und in Brüssel perzipiert wird.

9 European Policy Initiative: Policy Brief 33, Juli 2011.

10 Vgl. Ognian N. Hishov: Bulgarien strebt in die Eurozone, SWP-Aktuell 16, Februar 2010.

11 International Bank for Reconstruction and Development / The World Bank: Doing Business 2010 Bulgaria.